

GroKo berät Pläne gegen Coronakrise

Solidaritätszuschlag könnte zur Jahresmitte abgeschafft werden – Leichter Zugang zu Kurzarbeitergeld

VON RASMUS BUCHSTEINER

Berlin. Union und SPD wollen sich gegen das Krisenvirus stemmen. Die Ausbreitung des Coronaviruses, der sich beim letzten Zusammentreffen im Februar noch auf den Landkreis Starnberg beschränkt hatte, war gestern Abend ganz oben auf der Tagesordnung des Koalitionsausschusses. Die Spitzenrunde bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wollte sich vorrangig um Rezepte gegen die Coronasymptome kümmern, die inzwischen die deutsche Wirtschaft schwächen lassen: unterbrochene Lieferketten etwa, abgesagte Veranstaltungen, Auftragsrückgänge.

Die Koalition hatte in der vergangenen Woche ein Antikrisenpaket bereits vorbereitet. Im Gespräch waren Steuerstundungen, Überbrückungskredite und niedrigere Hürden für Kurzarbeit verbunden mit der Übernahme von Sozialbeiträgen in diesem Bereich. Möglicherweise soll auch die Zahldauer des Kurzarbeitergeldes verlängert werden. Die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit, die zur Finanzierung auch von Kurzarbeit genutzt werden können, belaufen sich inzwischen auf 26 Milliarden Euro. Gesetzliche Änderungen zur Kurzarbeit könnte das Bundeskabinett bereits an diesem Mittwoch auf den Weg



Spitzentreffen im Bundeskanzleramt: Ankunft von Finanzminister Olaf Scholz (SPD, Mitte), der für eine frühere Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags plädiert. Foto: Christoph Soeder/dpa

„Wir wollen, dass die Zwanzigerjahre ein Jahrzehnt der Investitionen werden

Olaf Scholz (SPD),
Bundesfinanzminister

bringen. Was Steuern und Investitionen angeht, konnten Union und SPD ebenfalls etwas vorweisen. CDU und CSU gaben jedenfalls ihren Widerstand gegen die SPD-Idee auf, die eigentlich erst für Anfang 2021 geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags für 90 Prozent aller Zahler um sechs Monate vorzuziehen. So sollen Nachfrage und Konsum angekurbelt werden. Bedingung der Union war jedoch

eine Finanzierung ohne neue Schulden. Außerdem müssten die technischen Probleme einer Umstellung zur Jahresmitte gelöst werden. Auf circa 5 Milliarden Euro werden die Kosten für die Teilabschaffung koalitionsintern beziffert.

Den Angaben zufolge gibt es darüber hinaus finanzielle Spielräume in zweistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in den kommenden vier Jahren.

Union und SPD wollen unter anderem Ausbau und Sanierung von Kliniken und Sportstätten voranbringen. Allerdings haben die Sozialdemokraten weitergehende Vorstellungen. Danach sollen sich die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in den nächsten Jahren auf 450 Milliarden Euro summieren. „Ohnehin wollen wir, dass die Zwanzigerjahre ein Jahrzehnt der Investitionen werden“, sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Auch mit der prekären Lage der Flüchtlinge in Griechenland wollte sich die Runde beschäftigen. Die SPD fordert, zumindest ein gewisses Kontingent nach Deutschland zu holen. Die Union dagegen bestand zunächst auf einer harten Linie. Die CDU zeigte sich schließlich jedoch zumindest für ein humanitäres Signal offen. Im Gespräch war, insbesondere schwer kranke Flüchtlinge und Kinder aufzunehmen. Der Kurs in der Flüchtlingspolitik scheint jedoch innerhalb der Union unverändert umstritten zu sein. Nach einem Bericht der „Bild am Sonntag“ soll es in der vergangenen Woche in interner Sitzung zu einem lautstarken Disput zwischen Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gekommen sein.